



Bundesministerium  
für Gesundheit

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Birgitt Bender  
11011 Berlin

**Ulrike Flach**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL [ulrike.flach@bmg.bund.de](mailto:ulrike.flach@bmg.bund.de)

Berlin, 18. September 2013

**Schriftliche Fragen im September 2013**  
**Arbeitsnummern 9/120 und 9/121**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 9/120:

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, wonach in der Suchtprävention als „state of the art“ gilt, dass bei Präventionsangeboten vor Ort Hersteller der jeweiligen Drogen nicht eingebunden sein sollten, und trifft dies aus Sicht der Bundesregierung auch für die Alkoholindustrie zu?

Antwort:

Ein Einbinden von Herstellern illegaler Drogen in suchtpreventive Aktivitäten scheidet aus Sicht der Bundesregierung schon deshalb aus, weil gemäß § 29 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Betäubungsmittelgesetz sich strafbar macht, wer unerlaubt Betäubungsmittel herstellt.

Die Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik betont, dass Sucht und Abhängigkeitserkrankungen gesamtgesellschaftliche Probleme sind, die im Interesse der betroffenen Menschen ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte erfordern. In unserem föderalen System sind eine Vielzahl von Akteuren im Bereich der Suchtprävention und Suchthilfe engagiert. Das sehr weite und vielfältige Spektrum schließt auch die Wirtschaft mit ein. Zum Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte in der Suchtprävention können auch positiv evaluierte suchtpreventive Programme der Alkoholwirtschaft zählen, die vor Ort eingesetzt werden.

Seite 2 von 2

Frage Nr. 9/121:

Wie bewertet die Bundesregierung angesichts dieses fachlichen Standards, dass die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Mechthild Dyckmans Ende 2012 in der Region Kassel die Schirmherrschaft der nicht bei der Verhältnis- sondern bei der Verhaltensprävention ansetzenden Eltern-/Schulinitiative des Bundesverbandes der deutschen Spirituosen-Industrie „Klartext reden“, die im Dienst der Imageverbesserung der Alkoholindustrie steht, übernommen hat (<http://www.klartext-reden.de/archiv-kooperationen-2012.html>)?

Antwort:

Die Bundesregierung befürwortet, dass die Hersteller alkoholischer Produkte eine gesundheitspolitische Mitverantwortung für die gesundheitlichen Gefahren ihrer Produkte übernehmen und sich für einen verantwortlichen Alkoholkonsum und die Beachtung des Jugendschutzes einsetzen. Dies ist das Ziel der Initiative „Klartext reden“, die vom Arbeitskreis Alkohol und Verantwortung des Bundesverbandes der deutschen Spirituosenindustrie seit 2005 als suchtpreventive Kampagne angeboten wird und von unabhängigen Wissenschaftlern mit Vertretern des „BundesElternRates“ entwickelt wurde.

Die wissenschaftlich evaluierte Eltern- und Schulinitiative klärt über bestehende Regelungen des Jugendschutzes auf und versucht mit Eltern über deren wichtige Vorbildrolle für einen maßvollen Alkoholkonsums sowie über erforderliche Regeln ins Gespräch zu kommen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, hat im Jahr 2012 einen „Klartext reden!“-Eltern-Workshop in Kassel besucht und für diesen die Schirmherrschaft übernommen.

Mit freundlichen Grüßen

